

# Regierung wird Rheinkraftwerk prüfen

Einhellig überweist der Landtag das Postulat der DpL zu Stromknappheit und Erhöhung des Eigenversorgungsgrads an Energie.

Elias Quaderer

Kein Strom für ganze zwei Tage: Dieses Szenario könnte der Schweiz schlimmstenfalls ab 2025 drohen, wie eine vom Bund im Oktober publizierte Studie warnte. Vor diesem Hintergrund ist das Postulat der Demokraten pro Liechtenstein zu verstehen. Darin wird die Regierung eingeladen, anhand von verschiedenen Szenarien die Risiken von Strommangel und «Black outs» abzuklären sowie Massnahmen gegen die Knappheit aufzuzeigen. Die Wichtigkeit des Themas war in der Dezembersitzung des Landtags unbestritten. So meinte VU-Vertreter Günter Vogt: «Wenn die DpL den Vorstoss nicht vorgebracht hätte, hätte dies die VU gemacht.» Folglich wurde das Postulat einhellig an die Regierung überwiesen – auch wenn einige Abgeordnete Vorbehalte äusserten.

## «Rhein haben wir bereits ökologisch beerdigt»

Aus Sicht der DpL liegt eines der grössten Risiken der Stromversorgung Liechtenstein in der Abhängigkeit vom Ausland. Denn gut 75 Prozent seines Strombedarfs muss das Fürstentum importieren. Folglich ist für die Oppositionspartei die Erhöhung des Eigenversorgungsgrads, um die Stromversorgung auf sicherere Beine zu stellen, das A und O. Dafür holen die «DpLer» in ihrem Postulat ein



«Wir müssen dem Rhein nur die Infrastruktur zur Verfügung stellen, dann arbeitet er für uns dauerhaft und kostenlos», so Herbert Elkuch (DpL) zum Rheinkraftwerk. Bild: Tatjana Schnalzger

Projekt aus den 1980er-Jahren wieder aus der Schublade: das Rheinkraftwerk. Die Regierung soll beauftragt werden, darzulegen, wie ein solches Flusskraftwerk die Stromsicherheit Liechtensteins erhöhen könnte. «Wir müssen dem Rhein nur die Infrastruktur zur Verfügung stellen, dann arbeitet er für uns dauerhaft und kostenlos», äus-

serte sich der DpL-Abgeordnete Herbert Elkuch begeistert zum Projekt.

Und für die Realisierung des Kraftwerks hat die Oppositionspartei auch bereits ihre Fühler auf die andere Seite des Rheins ausgestreckt. Elkuch führte aus, dass die DpL in Kontakt mit der St. Galler SVP trat. Von der Idee angetan, forderte die SVP nun

vergangene Woche die St. Galler Kantonalregierung auf, ein Rheinkraftwerk auf der Höhe Werdenberg/Liechtenstein zu prüfen.

Aufgrund von wirtschaftlichen und besonders umweltpolitischen Bedenken blieben solche Kraftwerkprojekte in der Vergangenheit stets unrealisiert. Genau diese Sorgen

sprach auch die FL-Abgeordnete Manuela Haldner-Schierscher an. Es sei bekannt, dass der Nutzen des Rheinkraftwerks «in keinem Verhältnis zum ökologischen Schaden steht.» Die Abgeordnete merkte an, dass die DpL der Freien Liste immer wieder den Vorwurf mache, die Rheinausweitung durch die Hintertüre einführen zu wollen. Doch hier mache es für sie den Eindruck, dass die DpL «durch die Hintertür die Rheinkraftwerke wieder populär machen will».

Günter Vogt entgegnete den Umweltbedenken Haldner-Schierschers: «Den Rhein haben wir bei der Begräbnung bereits ökologisch beerdigt.»

## DpL-FL-Kompromiss: Kraftwerk mit Ausweitung

Der DpL-Abgeordnete Herbert Elkuch zeigte allerdings Entgegenkommen gegenüber der Freien Liste. Aus seiner Sicht wäre eine Kombination der Realisierung der Rheinausweitung mit den Rheinkraftwerken durchaus sinnvoll. Dies überrascht, äusserten sich die DpL-Vertreter doch bisher gegenüber dem Ausweitungsprojekt ablehnend. Vonseiten der Freien Liste nahm Georg Kaufmann den Ball auf: «Das Rheinkraftwerk-Projekt macht nur Sinn, wenn es im Zusammenhang mit der Rheinausweitung angeschaut wird.» Somit schien sich zwischen den DpL und der FL ein Kompromiss abzuzeichnen: die

Kombination von Rheinausweitung und Rheinkraftwerk.

## «Wir werden immer vom Ausland abhängig sein»

Wirtschafts- und Umweltministerin Sabine Monauni führte aus, dass das Postulat Fragen aufgreife, die von «sehr hoher Brisanz» seien. Denn mittlerweile habe sich das Verhältnis zwischen der EU und der Schweiz «verschlimmert», wodurch ein Stromabkommen in weite Ferne gerückt sei. Dennoch sei zu berücksichtigen, dass die Schweizer Studie über Strommangel auf den Extremfall ausgerichtet sei. «Ich warne davor, dass wir in einen Alarmlismus verfallen.»

Für die Regierungsrätin ist klar: «Wir müssen alles versuchen, um den Eigenversorgungsgrad zu steigern.» Sie verwies dabei auf den Massnahmenplan, der in der Energiestrategie 2030 enthalten ist. Doch es müsse den Abgeordneten auch bewusst sein: «Wir werden beim Strom immer auch vom Ausland abhängig sein.» Zu den Rheinkraftwerken merkte Monauni an, dass ein solches Projekt nur in Absprache mit der Schweiz zu realisieren sei. Und bisher stand die Internationale Regierungskommission Alpenrhein einem Flusskraftwerk stets kritisch gegenüber. «Aber vielleicht ist das Momentum jetzt ein anderes aufgrund der Diskussionen in der Schweiz», schloss die Regierungsrätin.

## Landtag fordert konsequenteres Handeln

Die Umweltziele für Gewässer konnten noch nicht erreicht werden.

Die Postulatsbeantwortung der Regierung betreffend die Sicherung der Wasserqualität zeigt, dass die gesteckten Ziele innerhalb der vorgegebenen Frist selbst bei zweimaliger Verlängerung bis 2033 nicht in allen Bereichen möglich sein werden – dies vor allem in Bezug auf die Lebensraumverbesserungen in Form von Renaturierungen. Für die stv. FL-Abgeordnete Sandra Fausch zeigte die Regierung damit eine «gewisse Hilfslosigkeit. Nicht nur sie forderte dazu auf, Renaturierungsprojekte noch in dieser Legislatur mit Hochdruck voranzutreiben.

## «Spritzmittel und Kunstdünger verbannen»

«Es stört mich, dass hier zu wenig konsequent gehandelt wird», so auch der VU-Abgeordnete Günter Vogt. Es sei in der Beantwortung nicht erkennbar, wie die Regierung die Ziele auch mit einer Fristverlängerung erreichen wolle. Und für Walter Frick (VU) ist klar: «Wir sollten die bekannten Probleme sogleich angehen.» Denn der Bericht komme unter dem Strich zur Erkenntnis, dass der zu intensiv genutzte Land-



Walter Frick (VU) forderte, die bekannten Probleme sofort anzugehen. Bild: D. Schwendener

wirtschaftsboden das grösste Problem darstelle. Und hier werde das Ausbringen von viel zu viel Nährstoffen, bedingt durch Gülle und Kunstdünger sowie durch das Ausbringen von chemisch-synthetischen Mitteln, als Hauptursache der verunreinigten und vergifteten Böden und letztlich der Gewässer im gesamten landwirtschaftlich genutzten Raum genannt. «Wir müssen sämtliche chemisch-synthetischen Spritzmittel und Kunstdünger so rasch wie möglich aus unserer Landschaft bzw. Landwirt-

schaft verbannen», so seine klare Haltung. Und aus der eigentlich sehr wertvollen Gülle solle nebst einer massvollen Düngung auch Biogas gewonnen werden. «Diese Massnahmen sollten möglichst rasch umgesetzt werden. Oder wollen wir die grossen Probleme einfach den kommenden Generationen überlassen?»

## «Nicht den Teufel an die Wand malen»

Frick forderte zudem, dass auch in der Aufsicht der Gewässer eine bestmögliche Kontrolle über den Zustand der Gewässer gewährleistet werden müsse. Und wenn diese Kontrollen zeigen würden, dass Überschreitungen vorhanden seien, müssten sofort die nötigen Schritte eingeleitet werden.

«Ich will nichts beschönigen, aber auch nicht den Teufel an die Wand malen», so Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni. «Wir haben eine sehr gute Wasserqualität.» Die Regierung sei in dieser Thematik zudem nicht untätig. Es gebe einen Massnahmenplan, der umgesetzt werde.

Desirée Vogt

## Erhöhung der AHV-Renten: Gretchenfrage Finanzierung

Nur über eine Gegenfinanzierung können die Renten erhöht werden.

Seit 2011 wurden die Renten in Liechtenstein nicht erhöht. Die Mindestrente beträgt seither unverändert 1160 Franken pro Monat, die Höchstrente liegt starr bei 2320 Franken. Dies, weil seit der AHV-Revision 2010 nicht mehr auf den Mischindex, sondern nurmehr auf den Konsumentenpreisindex abgestellt wird. Ohne eine neuerliche Gesetzesanpassung ist eine Rentenanpassung also ohnehin nicht möglich. Die Gretchenfrage lautet aber: Wie kann eine Rentenerhöhung finanziert werden? Die Interpellationsbeantwortung der Regierung betreffend die Finanzierung der AHV unter Berücksichtigung der Ermöglichung einer Rentenanpassung zeigte den bereits bekannten Spielraum auf: Arbeitgeberbeiträge erhöhen – oder aber das Rentenalter. Beides kommt für den Landtag nicht infrage.

## Kurzfristig möglich, aber mittelfristig handeln

«Die Interpellationsbeantwortung ist für mich wenig überraschend. Sie zeigt auf, dass die Regierung aufgrund der Tatsache, dass der Konsumentenpreisindex derzeit tiefer liegt als



VU-Fraktionssprecher Manfred Kaufmann Bild: D. Schwendener

im Jahr 2011, die Renten gemäss aktueller Rechtslage nicht anpassen kann», stellte VU-Fraktionssprecher Manfred Kaufmann dann auch fest. Seiner Ansicht nach könnte eine Erhöhung der AHV-Renten aber relativ kurzfristig bewerkstelligt werden, da aktuell immer noch die Reserven der AHV gezielt abgebaut werden könnten. «Womöglich werden wir dann jedoch schneller zum Handeln gezwungen, was aber grundsätzlich nicht undenkbar ist.» Für ihn ist mittel- und langfristig aber auch klar: «Wir müssen schauen, wie wir das

Ganze gegenfinanzieren wollen. Ein Postulat der VU habe hierzu viele Ausführungen gemacht – die Beantwortung soll im kommenden Mai erfolgen.

## «Nichts machen geht einfach nicht»

Fakt ist wohl: Wenn die AHV-Renten erhöht werden, dann müssen auch Mehreinnahmen generiert werden, damit das Fondsvermögen im Verhältnis zu den Jahresausgaben bis Ende 2040 nicht unter fünf Jahre fällt. Nachdem die Erhöhung der Arbeitnehmerbeiträge nicht infrage kommt und ebenso keine Erhöhung des Rentenalters, bleibt für den FBP-Abgeordneten Wendelin Lampert aber ein dritter gangbarer Weg: Die Erhöhung des Staatsbeitrags. Für diesen Schritt müsse jedoch der Finanzausgleich angepasst werden, damit dem Staat mehr Mittel zur Verfügung stehen. «Wir müssen zusehen, dass die Gelder von den Gemeinden zum Land verlagert werden. Dann können wir die Renten auch finanzieren. Denn nichts machen geht nicht.»

Desirée Vogt